

Zusammenfassung des Wahlprogramms der Piraten Partei (Bundestagswahl 2013)

Freiheit und Grundrechte

Informationeller Selbstbestimmung stärken, Medienkompetenz fördern

- “Behörden und Unternehmen [sollen] dem Grundrecht [gegenüber in] gebührender Art und Weise, transparent und nachvollziehbar mit den personenbezogenen Daten umgehen und [Verstöße gegen eben dieses oder bei] mangelnde Sorgfalt entsprechend sanktioniert werden.”
- Weitergabe von Daten an Dritte muss gegenüber dem Kunden kommuniziert und begründet werden.
- Dem Bürger soll Anspruch auf Selbstauskunft, Korrektur, Sperrung oder Löschung von entsprechenden Daten gegeben werden.

Datenschutzbehörden stärken

- Stärkung der Position des Landesbeauftragten für Datenschutz und des Bundesamt für Informationssicherheit durch Stärkung der Selbstständigkeit und dem Ausbau von Sanktions- und Kontrollbefugnissen
- Bessere Ausstattung der oben genannten Behörden
- Schaffung einer freiwilligen Zertifizierungsmöglichkeit im Bereiche des Datenschutz und Datensicherheitsprüfungen für Unternehmen

Verantwortungsvoller Umgang mit Meldedaten sicherstellen, Datenhandel eindämmen

- Meldedaten (erhoben durch die Gremien der Bundesrepublik) sollen nicht ohne Zustimmung des Bürgers an Dritte weiter gegeben werden.
- Abschaffung des Listenprivilegs und Anpassung an das Grundgesetz (u.a. soll die Weitergabe der Meldedaten an öffentlich-rechtliche Medien unterbunden werden)

Verdachtsunabhängige Datenspeicherung verhindern

- Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung (Mögliche Strafzahlungen gegenüber der EU sollen in Kauf genommen werden)
- Recht auf anonyme Bezahlungen im Internet und Kommunikation soll auch in Zukunft gegeben sein und “verteidigt” werden
- Abschaffung der Erhebung von Fernverkehrsdaten

- Verdachtsunabhängige Datenerhebung (bspw. Hotelmeldepflicht) werden von der Piratenpartei kritisch beäugt
- Ablehnung der Erhebung biometrischer Daten und das anlegen von Biometrischen Datenbanken für polizeiliche Zwecke

Überwachungssoftware

- Volle Transparenz über alle Produkte
- Offenlegung des vollständigen Quellcodes
- Offenlegung gegenüber der Bevölkerung (nicht nur gegenüber des parlamentarischen Kontrollgremiums)

Überwachung

Pressefreiheit in digitalen Netzwerken

- Freie Berichterstattung auch in digitalen Netzwerken (keine Zensur in digitalen Netzwerken)

Verdeckte Überwachungsmaßnahmen

- Überwachte müssen über ihre Überwachung in Kenntnis gesetzt werden

Keine Bundes- oder Staatstrojaner

- Verbot jeglicher Eingriffe in informationstechnische Geräte von Seiten der Bundes- und Länderregierung
- Erweiterung des Grundgesetzes zur Durchsetzung der Position (bei keiner parlamentarischen Mehrheit für eben diese Position) und Klagen vor dem Verfassungsgericht

Asylrecht

- Öffnung der deutschen Grenzen
- Keine Hierarchische Asylantragsgewährleistung
- Maßnahmen zu sicheren Grenzüberquerung
- Freie Wahl des Aufenthaltsortes für alle Menschen
- Dezentrale Unterkünfte für Asylanwerber
- Keine Isolation von Asylanwerbern